

Beschluss (vorläufig) Die Lage in Israel und Palästina und die Auswirkungen auf unser Zusammenleben in Berlin

Gremium: Landesausschuss
Beschlussdatum: 01.10.2025
Tagesordnungspunkt: 4. Verschiedenes

Antragstext

Die Situation in Gaza spitzt sich immer weiter zu, wir blicken mit großer Sorge auf die aktuellen Ereignisse. Während israelische Geiseln immer noch in grausamer Gefangenschaft der Hamas sind, ist die humanitäre Lage im Gazastreifen, in dem täglich Zivilist*innen bei den Angriffen des israelischen Militärs sterben, katastrophal. Beides muss so schnell wie möglich ein Ende haben.

Als Völkerrechtspartei war und ist es unsere Pflicht, entschieden für die Betroffenen dieses Krieges einzutreten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass unser Engagement für die Betroffenen noch größer und unsere dazugehörigen Forderungen laut und sichtbar nach außen vertreten werden. Wir unterstützen explizit die Forderungen der Europäischen Kommission nach einem sofortigen Waffenstillstand, ungehindertem Zugang humanitärer Hilfe, der unverzüglichen Freilassung aller von der Hamas festgehaltenen Geiseln sowie gezielten Sanktionen gegen extremistische israelische Minister*innen und gewalttätige Siedler*innen und fordern, dass sich die Bundesregierung diesen anschließt.

Weit über 60.000 Menschen wurden nach offiziellen Angaben in diesem Krieg bereits getötet oder sind aufgrund der dramatischen Lage gestorben. Die anhaltende massive Militäroffensive Israels auf den Gazastreifen verschärft die ohnehin katastrophale humanitäre Situation weiter und fordert immer mehr zivile Opfer. Als weitere deutliche Intensivierung der Kriegshandlungen hat Israel am 16. September 2025 eine Bodenoffensive in Gaza-Stadt begonnen; offiziell mit dem Ziel, die Kontrolle in der Stadt zu übernehmen, Infrastruktur der Terrororganisation Hamas zu zerstören und verbleibende Geiseln zu befreien, wobei die israelische Armeeführung selbst erhebliche Bedenken hinsichtlich der Erreichbarkeit dieser Ziele und der Risiken für die Geiseln äußerte. Dies wird die humanitäre Lage weiter verschärfen und die Situation für die Menschen in Gaza weiter verschlimmern.

Die Blockade humanitärer Güter durch die israelische Regierung hat maßgeblich zu der aktuellen schrecklichen Situation geführt. Seit März 2025 wird die Verteilung humanitärer Hilfe im Gazastreifen über die von Israel und den USA unterstützte Gaza Humanitarian Foundation (GHF) organisiert, deren restriktiver und militarisierter Verteilmechanismus jedoch nicht nur viele Menschen vom Zugang zu lebenswichtiger Hilfe ausschließt, sondern von zahlreichen Hilfsorganisationen und UN-Experten als völkerrechtswidrig kritisiert wird, da er unter Kontrolle und Einfluss der Konfliktparteien steht und die Neutralität humanitärer Hilfe verletzt. Die Folgen sind verheerend: Menschen werden bei der Suche nach Lebensmitteln getötet, sie hungern und verhungern, sie werden immer wieder vertrieben. Helfer*innen, Ärzt*innen und Pflegekräfte geraten unter Beschuss und an die Grenzen ihrer Kräfte, Journalist*innen werden angegriffen und getötet, was einen klaren Angriff auf das Völkerrecht, die Pressefreiheit

41 und das Recht auf unabhängige Berichterstattung darstellt. Nur noch ein Drittel
42 des Territoriums des Gazastreifens ist für die palästinensische Bevölkerung
43 zugänglich. Gebäude und Infrastruktur sind weitgehend zerstört, das
44 Gesundheitssystem ist kollabiert. Eine öffentliche Ordnung gibt es in Gaza nicht
45 mehr. Die unabhängige Untersuchungskommission des UN-Menschenrechtsrats kam am
46 16. September 2025 zu dem Schluss, dass Israel im Gazastreifen einen Völkermord
47 an Palästinenser*innen begeht.

48 Der Staat Israel hat nach dem Terroranschlag der Hamas vom 7. Oktober 2023 ein
49 Recht auf Selbstverteidigung im Rahmen der Vorgaben, die das Völkerrecht für
50 solche Ausnahmesituationen vorsieht. Das Existenzrecht Israels ist für uns
51 unverhandelbar und Israel hat das Recht, sich gegen den brutalen Terror von
52 Hamas, aber auch gegen Angriffe aus dem Jemen, von der Hizbollah in Libanon oder
53 aus dem Iran zu verteidigen. All das steht für uns außer Frage. Die Hamas nutzt
54 die Zivilbevölkerung in Gaza auf perfide Weise als Schutzschilde und Faustpfand,
55 hält bis heute noch dutzende Menschen als Geiseln und verstößt damit auf
56 eklatante Art gegen die Regeln des humanitären Völkerrechts. Die Hamas
57 unterdrückt seit Jahren grausam die palästinensische Zivilbevölkerung und hat
58 jegliche Berechtigung verloren, für die Palästinenser*innen zu sprechen oder
59 politische Verantwortung zu tragen. Die israelische Armee verletzt aber in Gaza
60 systematisch die Grenzen der Selbstverteidigung, das Völkerrecht und
61 grundlegende humanitäre Prinzipien. Gleichzeitig verkünden rechtsextreme
62 Mitglieder der israelischen Regierung ihre Ziele ganz offen, den Gazastreifen
63 langfristig zu besetzen und Palästinenser*innen dauerhaft zu vertreiben. Diese
64 Ankündigungen sind völlig inakzeptabel und kündigen einen weiteren eklatanten
65 Völkerrechtsbruch an. Mit Luftschlägen auf Ziele in Doha eskaliert die
66 israelische Regierung weiter, unterminiert jegliche diplomatische Lösung und
67 rückt damit auch die Befreiung der von der Hamas festgehaltenen Geiseln in weite
68 Ferne.

69 Auch im Westjordanland halten die jahrzehntelange Gewalt und völkerrechtswidrige
70 Besatzungspolitik und der Siedlungsbau an. Die fortschreitende Entrechtung von
71 Palästinenser*innen im Westjordanland erfolgt durch eine Vielzahl
72 diskriminierender Maßnahmen: Bewegungseinschränkungen, willkürliche
73 Verhaftungen, Zerstörung von Wohnhäusern und die systematische Beschränkung des
74 Zugangs zu Land und Wasser. Benjamin Netanjahu hat offen erklärt, dass
75 Siedlungsprojekte gezielt darauf abzielen, die Entstehung eines
76 palästinensischen Staates zu verhindern – eine Politik, die jeder
77 Verhandlungslösung den Boden entzieht.

78 Mahnende Worte und stille Diplomatie seitens der Bundesregierung sind längst
79 gescheitert. Es braucht ernsthaften politischen und wirtschaftlichen Druck, um
80 einen sofortigen Waffenstillstand zu erreichen, den Krieg zu beenden, und beide
81 Seiten an den Verhandlungstisch für eine dauerhafte Friedenslösung zu bringen.
82 Der Stopp von Waffenlieferungen, die im Krieg eingesetzt werden können, ist
83 dabei ein erster Schritt, den wir begrüßen. Aber dieser Schritt reicht bei
84 weitem nicht aus. Wir fordern einen konsequenten Stopp sämtlicher Waffen- und
85 Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete. Ausnahmen dürfen – auch für Israel
86 – nur dort gelten, wo Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen das
87 Recht auf Selbstverteidigung klar begründen. Dieses Prinzip muss uneingeschränkt
88 gelten und darf nicht wie im Fall Israels unterlaufen werden. Deutschland darf
89 sich nicht hinter Symbolpolitik verstecken, sondern muss gemeinsam mit den
90 europäischen Partner*innen Verantwortung übernehmen.

91 Wir begrüßen deshalb ausdrücklich die Ankündigungen der Kommissionspräsidentin
92 von der Leyen, die Auszahlung von Geldern an Israel auszusetzen, dabei aber
93 Unterstützung für die Zivilgesellschaft, insbesondere Gelder an Yad Vashem,
94 auszunehmen. Ebenso unterstützen wir ihre Forderungen nach weiteren gemeinsamen
95 europäischen Schritten gegenüber der israelischen Regierung. Wir fordern die
96 Bundesregierung auf, sich für gezielte, mit den europäischen Partnern
97 abgestimmte Sanktionen einzusetzen, insbesondere gegen die rechtsextremen
98 israelischen Minister Bezalel Smotrich und Itamar Ben-Gvir.

99 Als Teil der Staatengemeinschaft erkennen wir selbstverständlich die
100 Rechtsstellung des internationalen Strafgerichtshofs an und erwarten
101 entsprechend, dass der Haftbefehl gegen Netanjahu aufgrund des Vorwurfs der
102 Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit durchgesetzt wird,
103 sollte dieser Berlin betreten. Mögliche weitere Sanktionen gegen einzelne
104 gewalttätige Siedler*innen, Siedlerorganisationen und Unternehmen, die diesen
105 völkerrechtswidrigen Siedlungsbau unterstützen und vorantreiben, müssen geprüft
106 werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Aussetzung von
107 Handelserleichterungen im Rahmen des Assoziierungsabkommens zwischen Israel und
108 der EU zu unterstützen und nicht mehr zu blockieren.

109 Wir fordern außerdem den sicheren und ungehinderten Zugang für UN, humanitäre
110 Organisationen und Journalist*innen sowohl in Gaza als auch im Westjordanland.
111 Journalist*innen leisten eine unverzichtbare Arbeit bei der Dokumentation der
112 Lage vor Ort und tragen zur Transparenz und Rechenschaftspflicht aller
113 Konfliktparteien bei. Ein umfassender, sicherer und ungehinderter Zugang aller
114 dieser Akteure ist Voraussetzung für eine wirksame humanitäre Hilfe und für die
115 Berichterstattung über die tatsächlichen Bedingungen vor Ort.

116 Auch als Reaktion auf die zunehmend offenen und faktischen Schritte hochrangiger
117 Vertreter der israelischen Regierung, die mit ihrer Politik und Rhetorik die
118 Entstehung eines palästinensischen Staates de facto verhindern, muss Deutschland
119 die Anerkennung eines Staates Palästina zügig vorantreiben. Es braucht einen
120 souveränen, demokratischen und sicheren palästinensischen Staat an der Seite
121 eines sicheren Staates Israel, um dauerhaften Frieden sicherzustellen. Jegliche
122 Schritte, die zur Deeskalation und Frieden in der Region beitragen, können nur
123 am Verhandlungstisch und nicht durch Gewalt erreicht werden. Sowohl die
124 Herrschaft der Hamas in Gaza als auch die Vertreibung von Palästinenser*innen,
125 wie Teile der israelischen Regierung und Trump sie in den letzten Wochen und
126 Monaten immer wieder in den Raum gestellt haben, stehen dem klar entgegen. Auch
127 wenn sie derzeit aussichtslos erscheint, bleibt die Zwei-Staaten-Lösung zum
128 jetzigen Zeitpunkt die einzige Möglichkeit, um dauerhaften Frieden für Israelis
129 und Palästinenser*innen und langfristige Stabilität in der Region zu erreichen.

130 Gleichzeitig verdeutlichen auch andere internationale Krisen – etwa in Sudan,
131 Äthiopien oder Syrien, die bei weitem nicht die öffentliche Aufmerksamkeit
132 erhalten, aber für Millionen Menschen Hunger, Vertreibung und Tod bedeuten – die
133 dringende Notwendigkeit, die EU als handlungsfähige Union zu stärken und das
134 Völkerrecht weltweit konsequent durchzusetzen. Auch deswegen ist es
135 unerlässlich, die Einhaltung des Völkerrechts auch gegenüber Israel
136 unmissverständlich und energisch einzufordern, genauso wie wir das auch in
137 anderen Krisen tun müssen.

138 Was bedeutet das für uns in Berlin?

139 Viele Israelis und Jüdinnen*Juden in Berlin leben seit dem 7. Oktober 2023 in
140 Angst – um Angehörige und Freunde in Israel und angesichts wachsender
141 antisemitischer Anfeindungen und der Zunahme von gewalttätigen Übergriffen hier
142 vor Ort. Wir verurteilen jede Form von Antisemitismus in unserer Stadt und
143 explizit den massiv angestiegenen israelbezogenen Antisemitismus. Der Schutz
144 jüdischen Lebens, der Kampf gegen Antisemitismus und für das Existenzrecht
145 Israels sind für uns nicht verhandelbar. Jüdinnen*Juden müssen in ganz Berlin
146 angstfrei und sicher sein können. Aktuell berichten viele Betroffene, dass sie
147 ihre jüdische Identität im Alltag verbergen, öffentliche Einrichtungen meiden
148 oder sich nicht mehr an Universitäten trauen. Das können und werden wir nicht
149 akzeptieren. Jüdische Menschen sind in Berlin sehr bedroht. Im ersten Halbjahr
150 2025 wurden allein in Berlin 637 antisemitische Vorfälle erfasst – ein Anstieg
151 um rund 70 Prozent im Vergleich zum gesamten Jahr 2022.

152 Wiederholt kam es zu Brandanschlägen auf jüdische und als israelisch bzw.
153 israelsolidarisch gelesene Orte sowie Körperverletzungen und Sachbeschädigungen.
154 Offen antisemitische Hetze ist an vielen Orten im Straßenbild genauso zu finden
155 wie auf den Demonstrationen, die von extremistischen Akteur*innen befeuert
156 werden. Wir Grüne stellen uns mit aller Kraft gegen jeden Antisemitismus. Der
157 Schutz von jüdischen und als israelsolidarisch gelesenen Orten, und zwar auch
158 nichtreligiösen Einrichtungen, muss sichergestellt werden. Hierfür müssen
159 Finanzmittel ausreichend zur Verfügung gestellt und unter anderem auch bauliche
160 und personelle Schutzmaßnahmen gestärkt werden.

161 Zugleich leben in Berlin über 40.000 Menschen mit engen familiären Verbindungen
162 in die palästinensischen Gebiete und die Region. Auch sie bangen um ihre
163 Angehörigen und Freund*innen, trauern um die Opfer dieses Krieges, seit Jahren
164 schon sind sie vom wachsenden antimuslimischen und antiarabischen Rassismus in
165 unserer Gesellschaft betroffen. Auch der Schutz ihrer Leben und der Schutz vor
166 Anfeindungen und Übergriffen ist unverhandelbar. Die Berliner Politik und weite
167 Teile der Öffentlichkeit haben ihre Perspektive viel zu lange übersehen,
168 bagatellisiert und nicht vertreten wollen. Jene Menschen wurde nicht genug Raum
169 geben, ihre Meinung und Perspektive einzubringen, mussten dafür mit Ausgrenzung,
170 Anfeindung und manchmal auch arbeitsrechtlichen Konsequenzen rechnen. Weder
171 Jüdinnen*Juden und Israelis, noch Muslim*innen und Palästinenser*innen dürfen in
172 Mithaftung für das Vergehen der Regierung Netanjahu oder der Hamas genommen
173 werden. Auch an der Seite dieser Berliner*innen stehen wir und kämpfen gegen
174 Rassismus, Stigmatisierung und gegen Versuche, Diskursräume in unserer Stadt zu
175 verengen.

176 Wir fordern deshalb neben der israelischen Flagge am Roten Rathaus auch die
177 palästinensische Flagge zu hissen, um so unsere Solidarität mit der
178 palästinensischen Zivilbevölkerung und israelischen Opfern des Terrors zum
179 Ausdruck zu bringen. Die derzeitige Praxis Kai Wegners, einzig die israelische
180 Flagge zu hissen, vernachlässigt viele betroffene Menschen in Berlin. Man darf
181 nicht palästinensische und israelische Opfer gegeneinander ausspielen. Neben Tel
182 Aviv sollte auch Ramallah eine Städtepartnerschaft angeboten werden. Außerdem
183 müssen Universitäten weiter ein Ort der Diskurse bleiben. Es ist nicht die
184 Aufgabe des Regierenden Bürgermeisters, Auftrittverbote an Hochschulen
185 auszusprechen. Die Universitäten sollten möglichst frei ohne Einmischung von
186 außen agieren und ihre Konflikte lösen können, denn für staatenlose,
187 palästinensische Studierende kann die Anwesenheit der Polizei einer
188 existenziellen Bedrohung gleichkommen, da für sie stetig die Gefahr der

189 Abschiebung im Raum steht. Wenn ein Teil der Studierenden gegen Jüdinnen*Juden
190 oder israelsolidarisch gelesene Personen vorgeht, sind sie kein Teil eines
191 friedlichen Diskurses. Die Sicherheit aller und das unbeschwerte Studium von
192 allen, insbesondere von Jüdinnen*Juden, müssen ebenso garantiert werden wie die
193 gleichberechtigte Teilhabe von jüdischen und palästinensischen sowie als
194 israelsolidarisch und propalästinensisch gelesenen Organisationen am Diskurs.
195 Wir lehnen einen Diskurs ab, der die Sicherheit von Jüdinnen*Juden gegen
196 elementare Bürger- und Freiheitsrechte ausspielt. Offene Briefe, Proteste und
197 Hochschulbesetzungen sind grundsätzlich legitime Mittel. Antisemitische oder
198 diskriminierende Aussagen, Gewalt oder Vandalismus dürfen in Hochschulen keinen
199 Platz haben, ihnen muss mit antisemitismus- und diskriminierungskritischen
200 Präventionskonzepten vorgebeugt werden. Staatliche Eingriffe oder
201 administrativer Druck, die darauf abzielen, kritische wissenschaftliche Diskurse
202 unangemessen zu beschränken, schaden uns als Gesellschaft. Das kann heißen,
203 Meinungen aushalten zu müssen, die nicht mit der eigenen übereinstimmen. Daraus
204 ergibt sich für uns auch, dass wir Boykottaufrufen gegen israelische oder
205 jüdische Wissenschaftler*innen klar entgegentreten.

206 Es braucht aber stets eine klare Haltung gegen antisemitische Gruppen und
207 Organisationen. Es kann keine Toleranz und keine Räume für Organisationen geben,
208 die antisemitischen Hass und Diskriminierung auf dem Campus verbreiten.

209 Seit dem terroristischen Überfall der Hamas auf Israel hat sich die Zahl
210 antisemitischer Vorfälle in Berlin im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt.
211 Für uns als Grüne ist klar: Jüdinnen*Juden müssen sich in ganz Berlin sicher
212 fühlen, ob auf der Straße, in der Schule oder auf dem Uni-Campus. Gleichzeitig
213 steigen die Zahlen antimuslimischer und antiarabischer Vorfälle und Gewalt schon
214 seit Jahren weiter an. Der Berliner Senat muss sicherstellen, dass jüdische,
215 muslimische und arabische sowie als solche gelesene Menschen in Berlin sicher
216 sind. Ihre Sichtbarkeit darf nicht eingeschränkt, ihr Leben nicht bedroht
217 werden. Wir fordern eine deutlich bessere Finanzierung von Beratungs- und
218 Anlaufstellen, Sensibilität gegenüber Betroffenen durch die
219 Strafverfolgungsbehörden und eine schnelle und konsequente Strafverfolgung,
220 gerade bei Gewalttaten.

221 Verschiedene politische Gruppen, darunter radikale Islamisten und vermeintliche
222 Linke, schüren gezielt antisemitische Stereotype, verbreiten Falschinformation
223 und Hass gegen Jüdinnen*Juden und Israel und tragen diese über unsere Stadt
224 hinaus ins Netz. Sie zielen insbesondere auf junge Menschen mit dem Ziel,
225 Eskalation und Radikalisierung zu befördern. Diesen Gruppen und ihren Versuchen
226 stellen wir uns klar entgegen. Das konsequente Entgegentreten gegenüber
227 antisemitischen Narrativen ist unerlässlich, um extremistischen Akteur*innen
228 nicht den Protest auf der Straße zu überlassen. Wir kritisieren Demonstrationen,
229 deren Aufrufe Hass gegen Jüdinnen*Juden verbreiten, das Existenzrechts Israels
230 oder Palästinas in Frage stellen oder das Leid einer Seite ausblenden.

231 Die Versammlungsfreiheit ist ein hohes durch das Grundgesetz geschützte Gut.
232 Friedliche Demonstrationen, die das Vorgehen der israelischen Regierung
233 kritisieren, der zivilen Opfer in Gaza und andernorts gedenken und für eine
234 friedliche Lösung des Konflikts werben, sind zulässig und dürfen nicht behindert
235 werden. Wer das Leid in Gaza adressiert, darf nicht pauschal als antisemitisch
236 diffamiert werden. Insbesondere staatenlose palästinensische Menschen müssen
237 ihre Trauer und ihre politischen Forderungen bei friedlichen Demonstrationen

238 ohne Furcht vor aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen artikulieren können. Der
239 Kommissar für Menschenrechte des Europarats rügte die Bundesregierung bereits
240 wegen wiederholter Polizeigewalt bei Demonstrationen zu Gaza in Berlin. Die
241 Polizei Berlin gehe aufgrund der Gewalttaten Einzelner unverhältnismäßig hart
242 gegen Demonstrierende vor. Die notwendige Differenzierung muss möglich sein:
243 Gewalt und menschenverachtenden Äußerungen einzelner Demonstrationsteilnehmenden
244 und die Instrumentalisierung von Versammlungen durch extremistische Akteure sind
245 eindeutig zu verurteilen. Zugleich ist Kritik an unverhältnismäßigen
246 polizeilichen Maßnahmen und Gewalt gegen Demonstrierende legitim und darf nicht
247 abgetan werden. Bisher verweigern Senat und Innenverwaltung jegliche Aufklärung
248 und ignorieren den damit entstehenden Schaden für das Vertrauen in staatliche
249 Institutionen. Vor allem beschädigt es die öffentliche Wahrnehmung der Berliner
250 Polizei, wenn Fehlverhalten nicht ersthaft aufgearbeitet wird. Ein Kurs der
251 Repression wird die Eskalationsspirale nicht beenden, sondern die Stimmung in
252 der Stadt weiter anheizen. Eine deeskalative Herangehensweise würde zu einem
253 spürbaren Rückgang an Eskalation und Gewalt führen. Wir fordern den Senat daher
254 zu einem Kurswechsel hin zu einer Deeskalationsstrategie auf. Die Forderung des
255 Regierenden Bürgermeisters auf Basis der "öffentlichen Ordnung" Versammlungen
256 oder Protestcamps verbieten zu wollen, entbehrt jeder sachlichen Grundlage und
257 würde vor keinem Gericht standhalten. Die damit einhergehende Diffamierung der
258 Justiz, unliebsame Demonstrationen nicht zu verbieten, ist inakzeptabel. Eine
259 Verschärfung des Versammlungsfreiheitsgesetzes lehnen wir ab, das Grundrecht der
260 Versammlungsfreiheit muss gewahrt bleiben.

261 Wir stehen in Berlin gemeinsam vor der Aufgabe, Sorgen und Anliegen der hier
262 lebenden Communities anzuerkennen, Ängste abzubauen und verloren gegangenes
263 Vertrauen wieder aufzubauen. Dazu braucht es Räume, in denen ein offener und
264 konstruktiver Austausch möglich ist. Gerade diese scheinen derzeit aber immer
265 kleiner zu werden. Ein solcher Dialog darf keine Vorbedingungen haben – auch
266 wenn Vorurteile und Misstrauen bestehen, können diese nur durch ehrlichen
267 Austausch und Begegnung abgebaut werden. Wir stehen in Berlin gemeinsam in der
268 Verantwortung, solche Räume zu schaffen und bestehende Räume zu stärken und zu
269 schützen.

270 Wir erwarten vom schwarz-roten Senat zudem endlich klare Worte gegen das
271 Aushungern und Sterben der palästinensischen Zivilbevölkerung im Gazastreifen.

272 Investiert werden muss außerdem dringend in die Prävention, aber genau hier
273 setzt der schwarz-rote Senat im Doppelhaushalt 2026/2027 den Rotstift an: Im
274 Bereich der Bildung werden wichtige Präventionsprojekte an Schulen weiter
275 gekürzt oder sogar ganz gestrichen. Diese Kürzungen schwächen nicht nur den
276 Schutz jüdischen Lebens, sondern werden Berlin langfristig gesellschaftliche
277 Schäden zufügen. Wir fordern die schwarz-rote Koalition dringend dazu auf, im
278 Haushalt ihren verbalen Bekenntnissen Rechnung zu tragen und für eine offene und
279 vielfältige Gesellschaft auch die entsprechenden finanziellen Mittel
280 einzusetzen.

281 Um konkret den besonders vulnerablen Menschen in Gaza zu helfen, fordern wir
282 außerdem in Berlin ein kurzfristig einzusetzendes Aufnahmeprogramm für besonders
283 schutzbedürftige Menschen aus dem Gazastreifen. Es muss jetzt ein
284 Aufnahmeprogramm entwickelt werden, um gezielt insbesondere Kinder und deren
285 Angehörige zu evakuieren, die dringend medizinische, psychologische und soziale

286 Hilfe brauchen. Zudem müssen gefährdete Menschen durch ihre in Berlin lebenden
287 Angehörigen aufgenommen werden können.

288 Der schwarz-rote Berliner Senat muss sich gegenüber der schwarz-roten
289 Bundesregierung mit Nachdruck dafür einsetzen, dies dem Land Berlin zu
290 ermöglichen. So können wir von Berlin aus einen Beitrag leisten, um das
291 unerträgliche Leid in der Region zu lindern.